



PRESSEMITTEILUNG

15.02.2009

Studienplatzvergabe muss bei Unis bleiben

Entgegen aller Tendenzen, die ZVS durch die Hintertür wieder einführen zu wollen, fordert der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG) ein Festhalten am Ziel eines funktionierenden Systems hochschulinterner Zulassungsverfahren. Der Versuch, die bürokratische ZVS-Behörde in eine wettbewerbsorientierte Servicestelle umzuwandeln, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

"Die Länder müssen sich koordinieren und möglichst schnell eine unbürokratische Lösung für die akuten Probleme finden. Langfristig müssen aber die Hochschulen gestärkt werden, um effektive lokale Zulassungsverfahren entwickeln zu können. Hierzu sind aber eine restlose Abschaffung der Kapazitätenverordnung und eine bessere Ausstattung der Universitäten mit qualifiziertem Verwaltungspersonal unerlässlich. Eine Wiederauflage der ZVS in jeglicher Form würde dieses Ziel konterkarieren. Man kann die Hochschulen nicht für die prekäre Situation verantwortlich machen, wenn die Politik ihnen nicht die Mittel zum selbständigen Handeln gewährt. Von den Hochschulen wurde von jetzt auf gleich eine perfekte Organisation erwartet, ihnen standen aber weder eine Hilfestellung für den Übergang, noch ausreichende Weiterbildungsmaßnahmen für das Verwaltungspersonal zur Verfügung." konstatiert LHG-Bundesvorsitzender Johannes Knewitz.

Gerade die Universitäten dürfen nach Meinung des LHG-Bundesverbandes nicht direkt die Flinte ins Korn werfen, wenn ein solches Unterfangen nicht auf Anhieb funktioniert. Sie werden am Ende von einem funktionierenden Wettbewerb um ihre Studenten genauso profitieren, wie die Studienplatzbewerber.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende David Bordiehn begrüßt die „Hamburger Initiative“ zur Schaffung eines eigenen Koordinationssystems: „Ein hervorragendes Beispiel autonomer Kraft zur Bewältigung dieser Herausforderung bildet diese Initiative mehrerer Hochschulen, den Zulassungsablauf untereinander zu koordinieren. Das geplante Internetportal kann die Situation entschieden verbessern, wenn es den Hochschulen Raum für eigene Verfahren gibt und auf freiwilliger Basis installiert wird.“

Bereits im Oktober hatte der LHG die absehbaren Probleme angemahnt und eine intensivere Unterstützung der Hochschulen in dieser Problematik gefordert.